

**Ein EU-Aktionsplan zum Ausbau der Stromnetze für eine gerechte
Energiewende: Gemeinsame Empfehlungen von EGÖD und
industriAll Europe**

Die europäischen Gewerkschaften im Energie- und Industriesektor, vertreten durch EGÖD und industriAll Europe, fordern eine ehrgeizige Strategie der EU zum Ausbau der Stromnetze, die die entscheidende Rolle der Beschäftigten bei der Instandhaltung, Modernisierung und dem Ausbau der europäischen Elektrizitätsinfrastruktur anerkennt. Eine solche Strategie ist mit enormen Herausforderungen verbunden, darunter wirtschaftlichen Herausforderungen (Investitionsplanung, Finanzierung, Budgets, Preisgestaltung usw.), nationalen Planungsanforderungen, F&E-Anstrengungen. Besonders wichtig sind Investitionen in Menschen, um qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zu gewährleisten und gleichzeitig qualitativ hochwertige Arbeitsplätze auf allen Ebenen (Betrieb, Wartung, Technik, Produktion, Umsetzung usw.) zu erhalten.

Der Zugang zu reichlich vorhandener, stabiler und dekarbonisierter Energie zu erschwinglichen Preisen muss ein Recht der Bürger sein und ist ein wesentliches Gut für die sehr energieintensive Industrie und ihre Produktionsprozesse. Daher ist die Gewährleistung einer angemessenen Netzinfrastruktur in der Größenordnung der Energie- und Klimaziele der EU die wesentliche Voraussetzung für eine gerechte Energiewende.

Wir begrüßen den EU-Aktionsplan für einen Ausbau der Stromnetze mit seinen 14 zentralen Maßnahmen, der von der Europäischen Kommission im November 2023 vorgelegt wurde. Wir bedauern jedoch, dass die Kommission zwar den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als echte Herausforderung anerkennt, aber den spezifischen Erfordernissen und Maßnahmen zur Förderung von Fachkräften und hochwertigen Arbeitsplätzen in diesem Sektor wenig Aufmerksamkeit schenkt. Die Beschäftigten erwarten eine kohärente Strategie, die durch eine proaktive Industriepolitik und einen EU-Investitionsplan gestützt wird. Nur mit einem kohärenten Ansatz kann eine für die Beschäftigten gerechte Energiewende gelingen.

Die Modernisierung und der Ausbau der Netzinfrastruktur ist ein wesentliches Element im Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung. Gleichzeitig ist der Zugang zu einer ausreichenden Menge an kohlenstoffarmer, stabiler und erschwinglicher Stromversorgung von entscheidender Bedeutung, um eine sozial gerechte grüne und digitale Wende zu gewährleisten und eine starke und nachhaltige Industriebasis mit hochwertigen Arbeitsplätzen in Europa zu sichern. Eine robuste und gut funktionierende Netzinfrastruktur muss die komplexe Aufgabe bewältigen, mehr intermittierenden/nicht disponiblen Strom aus erneuerbaren Energien, Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge, Flexibilitätslösungen und eine nachhaltige Speicherinfrastruktur in Stromnetze zu integrieren, die auch durch regelbare kohlenstoffarme Energien unterstützt werden.

Nach Ansicht der Europäischen Kommission dürfte der Stromverbrauch bis 2030 um rund 60 % steigen, um die steigende Nachfrage im Zusammenhang mit der Elektrifizierung vieler Sektoren (Mobilität, Heizung und Kühlung, Industrie) sowie der Erzeugung von CO₂-armem Wasserstoff zu decken.

Eine der Herausforderungen besteht daher darin, einen wachsenden Anteil an intermittierendem Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu integrieren und die Netze so anzupassen, dass sie den Anforderungen eines stärker dezentralisierten Elektrizitätssystems mit größerer Flexibilität und einem komplexeren Management des Gleichgewichts zwischen Nachfrage und Verbrauch gerecht werden.

Unsere Stromnetze sind jedoch veraltet und müssen dringend modernisiert und ausgebaut werden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Die Strominfrastruktur muss durch eine robuste digitale und Telekommunikationsinfrastruktur ergänzt werden, die für Cyberrisiken gewappnet ist. Um die Widerstandsfähigkeit des EU-Energiesystems zu fördern und unsere Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, müssen unsere Energiesysteme zudem durch neue Verbindungsleitungen stärker integriert werden.

Das Gleichgewicht und die Widerstandsfähigkeit des europäischen Elektrizitätssystems können jedoch nur dann hergestellt werden, wenn alle Mitgliedstaaten durch ihr Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch auf der Ebene ihres jeweiligen Hoheitsgebiets zum Gesamtgleichgewicht beitragen. Die Aufrechterhaltung oder Schaffung von steuerbaren dekarbonisierten Stromerzeugungskapazitäten wird auch ein notwendiger Ausgleich für die Stabilität unserer Stromnetze sein.

Der Investitionsbedarf ist enorm. Das gilt insbesondere für den Anschluss neuer erneuerbarer Energiequellen. Die Kommission schätzt, dass bis 2030 Investitionen in die Stromnetze in Höhe von 584 Mrd. EUR erforderlich sind. Doch damit die Energiewende gerecht und nachhaltig ist, darf die Rechnung nicht allein von den Netzbetreibern (d. h. ÜNB, VNB) und letztlich von den Verbraucher*innen über Tarife und Abgaben getragen werden. Es sind wesentlich mehr öffentliche Investitionen zur Unterstützung des Netzausbaus erforderlich.

Um dies zu erreichen, sind qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich, und es müssen hochwertige Arbeitsplätze in allen Bereichen geschaffen werden, von der Technik bis zur Wartung, von der Planung bis zum Bau, vom Arbeiter bis zum Projektleiter. Der Fachkräftemangel ist bereits heute ein Problem für die Stromerzeugungs- und -übertragungsbranche und kann zu einem Hindernis für die Energiewende werden, wenn er nicht angemessen angegangen wird. Zu unserer großen Besorgnis fehlen in vielen Ländern noch immer umfassende Maßnahmen zur Antizipation des Qualifikationsbedarfs und zur Förderung einer angemessenen Schulung¹.

In diesem Zusammenhang haben EGÖD und industriAll Europe die folgenden zentralen Anforderungen an die Modernisierung und den Ausbau der Stromnetze in Europa ermittelt:

¹ Wie die Kommission in ihrer jüngsten Bewertung der aktualisierten nationalen Energie- und Klimapläne feststellte: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2023%3A796%3AFIN>

1. Ein angemessener industriepolitischer Rahmen zur Unterstützung einer europäischen Energiewertschöpfungskette
 - 1.1. Wir fordern eine proaktive Industriepolitik, die die Umstellung auf saubere Energie und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördern kann. Wir müssen die Resilienz der EU stärken, eine europäische Energiewertschöpfungskette voranbringen und gleichzeitig eine starke Fertigungsbasis in Europa erhalten. Der Industrieplan zum Grünen Deal und die Netto-Null-Industrie-Verordnung sind zwar begrüßenswerte Initiativen, sie sehen jedoch bedauerlicherweise keine konkreteren industriepolitischen Instrumente zur Förderung einer widerstandsfähigen Energieinfrastruktur in ganz Europa und hochwertiger Arbeitsplätze vor. Die Konzentration auf staatliche Beihilfen und das Fehlen eines Souveränitätsfonds birgt die Gefahr, dass sich die Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Modernisierung und den Ausbau ihrer Stromnetze noch weiter verstärkt.
 - 1.2. Die Absicherung der Lieferketten für kritische Energiekomponenten und Materialien auf europäischer Ebene ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Energiesouveränität und die Verringerung der Abhängigkeit von externen Quellen. In Anlehnung an das Airbus-Modell ist eine europaweite Strategie zur Entwicklung und Aufrechterhaltung einer starken Lieferkette unerlässlich. Dies erfordert eine europäische (und internationale) Koordinierung von Strategien zur Sicherung von Rohstoffen sowie eine stärker kreislauforientierte Wirtschaft durch Recycling, Investitionen in lokale Produktionskapazitäten, das Anlegen strategischer Reserven und die Förderung von Innovationen in der Energietechnologie. So kann Europa eine stabile und zuverlässige Versorgung mit wesentlichen Komponenten für seine Energieinfrastruktur sicherstellen, die sowohl für die Energieversorgungssicherheit als auch für die wirtschaftliche Stabilität unerlässlich ist. Angesichts der Knappheit und der steigenden Kosten von Metallen wie Kupfer und Aluminium, die für Netzerweiterungen, den Anschluss dezentraler Stromerzeuger aus erneuerbaren Energien, Offshore-Netze und Verbindungsleitungen von entscheidender Bedeutung sind, sollten die Mitgliedstaaten die damit verbundenen wirtschaftlichen und ökologischen Kosten bewerten und entscheiden, welche Projekte Vorrang haben sollen.
 - 1.3. Eines der größten Hindernisse für den raschen Ausbau der Netze sind die langwierigen Genehmigungsverfahren. Sie sollten durch hochwertige öffentliche Dienstleistungen, verstärkte Verwaltungskapazitäten und Finanzmittel erleichtert und beschleunigt werden, und nicht durch eine Beschränkung der Kontrolle. Die Genehmigungsverfahren müssen weiterhin die höchsten sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Standards wahren und fördern.
 - 1.4. Wir fordern mehr Mittel für Forschungs- und Entwicklungsprogramme auf europäischer und nationaler Ebene. Die ÜNB und VNB müssen sowohl bestehende Technologien verbessern als auch neue entwickeln, um die Widerstandsfähigkeit der Netze und die Sicherheit der Beschäftigten zu erhöhen.

- 1.5. Die VNB spielen eine Schlüsselrolle bei der Anpassung des Verteilungsnetzes an die neue Energielandschaft mit Prosumern, neuen Gewohnheiten (z. B. BEV), Demand Response, intelligenten Zählern, aber auch für das Datenmanagement und die IT-Infrastruktur. Die Bedürfnisse der VNB sollten bei der Umsetzung des Aktionsplans für die Netze berücksichtigt werden.
- 1.6. Neue Infrastrukturen können nur mit Zustimmung der Gemeinden und in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Regierungen sowie im Rahmen der staatlichen Gesetze, einschließlich der Umweltvorschriften, errichtet werden. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist entscheidend, wie die Verzögerungen in einigen Mitgliedstaaten zeigen. Daher wäre eine starke Koordinierung und Regulierung auf der Grundlage der Konzepte des allgemeinen Interesses, der öffentlichen Dienstleistungen und der Bürgerschaft von Vorteil.
- 1.7. Investitionen zur Verbesserung der Kapazitäten der Energienetze sind sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch grenzüberschreitend erforderlich, und es bedarf einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den ÜNB und den VNB auf europäischer Ebene. Es bedarf eines koordinierten EU-Ansatzes, um die Netze für die zunehmende Erzeugung erneuerbarer Energien oder die Schaffung kontrollierbarer dekarbonisierter Erzeugungskapazitäten auszurüsten, wobei das Vorrecht der Mitgliedstaaten, ihren nationalen Strommix zu wählen, gewahrt bleiben muss.
- 1.8. Neben der Elektrifizierung der energieintensiven Industrie muss auch der Verkehrssektor, einschließlich der Nutzfahrzeuge, bei der Netzausbauplanung als vorrangig angesehen werden. Die Planung der Netzinfrastruktur muss mit den Emissionsreduktionszielen der EU für diese Sektoren übereinstimmen. Dazu gehört auch die Stromspeicherung in großem Maßstab sowie der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für den Verkehr, die mit den Emissionsminderungszielen der EU für den Straßenverkehr und Neufahrzeuge übereinstimmen muss. Der rasche Aufbau eines breiten Netzes von Ladestationen, auch für schwere Nutzfahrzeuge, wie er bei der Umsetzung der Verordnung über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe vorgesehen ist, muss als Mindestvoraussetzung angesehen werden, und der Netzausbau muss im Mittelpunkt der Überprüfungsklauseln der Verordnungen über CO₂-Normen und der entsprechenden Bewertungsberichte stehen, die von der Europäischen Kommission erwartet werden. IndustriAll Europe und der EGÖD erinnern an die Bedeutung des Schienenverkehrs für die Dekarbonisierung des Verkehrssektors und betonen, wie wichtig es ist, die notwendige Entwicklung der Schieneninfrastrukturen bei der Entwicklung der Stromnetze zu berücksichtigen².
- 1.9. Europa ist mit immer häufigeren und intensiveren Klimakatastrophen konfrontiert. Extremwetterereignisse haben bereits Auswirkungen auf die Energieinfrastruktur und die Beschäftigten in Europa. Die Anpassung der Infrastruktur (Netze und Erzeugungsanlagen) an den Klimawandel ist eine absolute Notwendigkeit. Die Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels muss daher als Schlüsselement in die Planung des Netzausbaus einbezogen werden. Zur weitestmöglichen

² Siehe [IndustriAll Europe Position on the Rail industry](#)

Abmilderung der Auswirkungen des Klimawandels sollte zudem der Klimaschutz als Regulierungsziel in die Planung der erneuerbaren oder kohlenstoffarmen Energien und des Stromnetzes aufgenommen werden.

- 1.10. Investitionen in bestehende Energienetze sind von entscheidender Bedeutung für die Anpassung an den aktuellen und künftigen Energiebedarf und die damit verbundenen Herausforderungen. Mit dieser Vorgehensweise wird anerkannt, dass es keine Patentlösung gibt, da die Bedürfnisse und Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen unterschiedlich sind. Der Ausbau (Nutzeranschlüsse und Netze zur Beseitigung von Engpässen) und die Modernisierung (Sanierung, Wiederaufbau) der Netzinfrastruktur können deren Kapazität, Zuverlässigkeit und Effizienz verbessern. Dies bedeutet, dass Smart-Grid-Technologie eingeführt, die Widerstandsfähigkeit gegen Klimaauswirkungen verbessert und sichergestellt werden muss, dass das Netz für die Integration erneuerbarer oder kohlenstoffarmer Energiequellen gewappnet ist. Durch die Anpassung der Investitionen an die spezifischen Erfordernisse der einzelnen Regionen können wir ein robusteres und anpassungsfähiges Energiesystem schaffen.
- 1.11. Der Bedarf an umfangreichen Netzinfrastrukturen kann durch die Förderung eines ausgewogenen Energieerzeugungs- und -verbrauchskonzepts sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene begrenzt werden, wobei die derzeitige regionale Verteilung von Erzeugungskapazitäten und Großverbrauchern zu berücksichtigen ist. Dies beinhaltet den Aufbau dezentraler Energiesysteme, mit denen Strom nahe am Verbrauchsort erzeugt werden kann, wodurch Übertragungsverluste und Netzüberlastungen verringert werden. Durch die Förderung lokaler Projekte für erneuerbare Energien, die Umsetzung von Laststeuerungsprogrammen und die Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen können wir eine ausgewogenere und nachhaltigere Energielandschaft schaffen. Eine Betriebssicherheitsmarge gewährleistet, dass das System auch in Spitzenlastzeiten oder bei unvorhergesehenen Störungen zuverlässig funktioniert und die Stromnachfrage decken kann.

2. Eine angemessene Finanzierung gewährleisten

- 2.1. In ihrem Aktionsplan erkennt die EU-Kommission an, dass bis 2030 Investitionen in Höhe von 584 Mrd. € erforderlich sind. Nach Ansicht der Kommission muss der Großteil der Investitionen vom Privatsektor aufgebracht werden. Wir sind auch der Meinung, dass die privaten Netzbetreiber und Energieerzeuger, die über Jahre hinweg Milliarden Gewinne eingefahren haben, einen Teil der Kosten für den Ausbau der Netze tragen müssen, ohne dabei diejenigen zu vergessen, die Werte schaffen, ohne zum reibungslosen Funktionieren der Energiesysteme beizutragen - z. B. Händler und Vermarkter. Gleichzeitig betonen wir, dass dem öffentlichen Sektor und der Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie der Planung der Stromnetze eine bedeutende Rolle zukommen muss.
- 2.2. Vor dem Hintergrund dieses massiven Finanzbedarfs ist es unverständlich, dass wichtige Finanzierungsinstrumente wie die CEF Energy für grenzüberschreitende

Vorhaben weiter eingeschränkt werden, während ihr Anwendungsbereich erweitert wird. Wir weisen darauf hin, dass die Einhaltung unserer Energie- und Klimaziele bei gleichzeitiger Stärkung der Resilienz unserer Energiesysteme ein gemeinsames europäisches Ziel ist, das durch angemessene EU-Mittel unterstützt werden muss. - Die EU-Finanzierung von Energieinfrastrukturen sollte auch auf Technologieneutralität beruhen.

- 2.3. Angesichts der finanziellen, geografischen und operativen Größenordnung der Investitionen, die für die Modernisierung des Stromnetzes erforderlich sind, bedarf es eines EU-weiten Finanzierungsplans für eine gerechte Energiewende, der auf nachhaltige Fonds und EU-Souveränitätsfonds zurückgreift. Dieser Plan muss auf das gemeinsame gesellschaftliche Interesse ausgerichtet sein und ungerechtfertigte, übermäßige Profitmacherei und Mitnahmeeffekte verhindern.
- 2.4. Darüber hinaus müssen mehr EU-Eigenmittel (Haushaltsmittel) sichergestellt werden, um einen kohärenten Ausbau der Netze zu fördern und die Mitgliedstaaten mit geringeren Kapazitäten bei der Finanzierung der Infrastrukturmodernisierung zu unterstützen. Wir weisen nachdrücklich auf die wichtige Rolle hin, die die ARF bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten gespielt hat.
- 2.5. Der Zugang zu EU-Mitteln muss an soziale Bedingungen geknüpft werden, wobei der Schwerpunkt auf sozialem Zusammenhalt, hochwertiger Beschäftigung und der Förderung des sozialen Dialogs liegen muss. Die Kriterien für soziale Konditionalitäten, wie sie im NZIA festgelegt sind, müssen weiterentwickelt werden.
- 2.6. Wir betonen, wie wichtig es ist, auf der Ebene der Mitgliedstaaten hochwertige öffentliche Dienste mit den erforderlichen Verwaltungskapazitäten aufzubauen, um Zugang zu den verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumenten wie dem EFRE, dem Kohäsionsfonds und dem Modernisierungsfonds zu gewährleisten.
- 2.7. Der massive Netzinfrastuktur-Investitionsbedarf steht im Widerspruch zu den EU-Haushaltsregeln für nationale Ausgaben und den jüngsten Plänen für eine Rückkehr zur Sparpolitik. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen alle weiteren Sparmaßnahmen rückgängig machen und stoppen, um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen.
- 2.8. In vielen Mitgliedstaaten sind die Investitionen in das Übertragungsnetz in den vergangenen Jahren aufgrund von Kürzungen der öffentlichen Ausgaben zurückgegangen. Dies führt zu steigenden Strompreisen für private Verbraucher*innen und Unternehmen, da die Netze überwiegend über Tarife finanziert werden, die sich in erheblich höheren Stromkosten für Privatpersonen und Unternehmen niederschlagen. Das bedeutet, dass wir uns immer weiter von dem Ziel erschwinglicher Energie für alle entfernen.
- 2.9. Die Volatilität der Finanzmärkte erhöht die Investitionsrisiken. Zur Abhilfe sollte auf europäische Finanzhilfen und eine Finanzierung durch die Europäische Investitionsbank zurückgegriffen werden. Diese Investitionen sollten mit messbaren

Zielen einhergehen, und zwar in der gesamten europäischen Lieferkette der Stromübertragungs- und -verteilungsnetze.

- 2.10. Ein unvorhersehbares Umfeld kann sich negativ auf die Investitionen auswirken. Für die Energieerzeuger und den Bau von Stromnetzen braucht es stabile Aussichten und Planungssicherheit. Dies erfordert eine starke Koordinierung zwischen allen Akteuren der Energieinfrastruktur (Erzeuger und Netzbetreiber), um eine optimale Leistung, wirtschaftliche Stabilität und eine gemeinsame langfristige Vision zu gewährleisten. Eine streng unabhängige Europäische Energieagentur könnte diese Aufgabe erfüllen.
- 2.11. Die kritischen Mittel für Forschung und Entwicklung müssen über die europäische Verpflichtung (3 % für alle Sektoren zusammen) hinaus aufgestockt werden, mit dem Ziel, 5 % für Energie und Energieeffizienz zu erreichen.

3. Stärkere Rolle des öffentlichen Sektors

- 3.1. Die zunehmende Privatisierung des Betriebs und der Instandhaltung der Stromversorgungsanlagen ging Hand in Hand mit Profitmaximierung und Unterfinanzierung der Stromnetze. Um eine Wiederholung der gleichen Fehler zu vermeiden, ist eine EU-weite Analyse der Auswirkungen der Deregulierung der Strommärkte erforderlich, wobei der Schwerpunkt auf der Arbeitsumgebung, der Preisgestaltung und dem Funktionieren des Strommarktes insgesamt liegen sollte.
- 3.2. Die kurzfristigen Finanzziele privater Unternehmen stehen im Widerspruch zu dem für den Sektor erforderlichen langfristigen Ansatz und erweisen sich als Hindernis für die Reindustrialisierung. Privatunternehmen, auch wenn sie öffentliche Dienstleistungen erbringen, stehen unter dem Druck, finanzielle Vorgaben zu erfüllen. Wir sind der Meinung, dass der öffentliche Sektor bei der Bewältigung der Herausforderungen eine viel stärkere Rolle spielen muss, und plädieren dafür, die Rolle des öffentlichen Dienstes bei einer kohärenten Netzplanung und -entwicklung zu stärken. Wenn wir langfristig erfolgreich sein wollen, brauchen wir unbedingt eine starke Regulierung und eine Planung, die verwaltet, überwacht und kontrolliert wird und auf das allgemeine Interesse ausgerichtet ist.
- 3.3. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der öffentlich finanzierte Netzausbau aufgrund der geringeren Refinanzierungskosten (Risikoprämien) und der fehlenden Renditeerwartungen deutlich günstiger ist als der private Netzausbau. Die Strompreise könnten daher aufgrund der geringeren Netzentgelte für alle sinken.
- 3.4. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Europäischen Energieagentur. Eine solche Agentur muss im öffentlichen Interesse handeln und von den Betreibern, den „wirtschaftlichen“ Akteuren (d. h. Erzeugern, Händlern, Aggregatoren, Infrastrukturbetreibern) sowie von der Finanzwelt und den Rating-Agenturen strikt unabhängig sein. Eine unabhängige Europäische Energieagentur könnte die Verantwortung für die Koordinierung zwischen den nationalen Behörden für eine kohärente Planung und Verwaltung der Netzinfrastruktur übernehmen, die den Ambitionen der EU-Klima- und Energieziele entspricht. Dieses kohärente

Management muss auch ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf nationaler Ebene erfordern (eine hoheitliche Aufgabe für jeden ÜNB). Wir fordern die aktive Beteiligung der Sozialpartner an der Leitung dieser Agentur.

- 3.5. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, nationale Pläne für die Stromübertragungs- und -verteilungsnetze zu entwickeln, die den Verbund zwischen den Ländern, die Flexibilität des gesamten Netzes, Mechanismen zur Reaktion auf unvorhergesehene Ausfälle und verbesserte Reaktionszeiten für die Wiederherstellung der Stromverbindungen vorsehen.
- 3.6. Es ist eine strengere Regulierung der ÜNB und VNB erforderlich, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, die ökologische Nachhaltigkeit des gesamten Energiesystems zu fördern und die Nutzer*innen vor überhöhten Gebühren zu schützen.

4. Anerkennung der entscheidenden Rolle der Beschäftigten

- 4.1. Für die Erneuerung alter Stromleitungen, Transformatoren und Fernwirkanlagen ist eine große Zahl hoch qualifizierter Arbeitskräfte erforderlich, die in der Lage sind, umfangreiche Instandhaltungsarbeiten durchzuführen. Alle Investitionspläne, ob auf EU-, nationaler oder Unternehmensebene, müssen die Zahl und die Kompetenzen der benötigten Arbeitskräfte antizipieren und berücksichtigen.
- 4.2. Angesichts des sich vollziehenden Wandels müssen neue, anspruchsvolle Weiterbildungsprogramme im Einklang mit den benötigten Kompetenzen entwickelt werden, wobei der Schwerpunkt auf den Bereichen Netzausbau und Betrieb/Wartung liegt, in denen ein erheblicher Arbeitskräftemangel herrscht. Die Möglichkeiten für einen nahtlosen Arbeitsplatzwechsel sollten auch für die Beschäftigten in den von der Energiewende stark betroffenen Sektoren ausgelotet werden. Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme sind unerlässlich, um das Potenzial dieser Sektoren voll auszuschöpfen. Im Bereich der Energieerzeugung und des Stromnetzbaus sind neue Berufe und neue Tätigkeitsfelder entstanden. Es muss ein entsprechendes, auf EU-Ebene kompatibles Schulungssystem geschaffen werden, das diesen Bedürfnissen gerecht wird.
- 4.3. Darüber hinaus müssen die in der Elektrizitätswirtschaft benötigten Fertigkeiten den jungen Europäer*innen im Rahmen ihres Schulunterrichts vermittelt werden. Es sollten praktische Arbeiten angeboten werden, die es ihnen ermöglichen, Kenntnisse durch eigene Erfahrung zu erwerben. Wenn ihr Interesse durch die Erfahrung der Erzeugung und Übertragung elektrischer Energie geweckt wird, wird dies ihren Wunsch stärken, als Erwachsene in diese Industrien einzusteigen.
- 4.4. Der Ausbau und die Modernisierung der Netze bergen neue Gesundheits- und Sicherheitsrisiken für die Beschäftigten, z. B. durch den Verlust von Fachwissen in Bereichen wie der Wartung von Freileitungen, aufgrund der Instabilität der zu erneuernden alten Infrastruktur und angesichts des Klimawandels und extremer Wetterbedingungen. In jüngster Zeit sind durch Angriffe auf kritische

Energieinfrastrukturen neue Gesundheits- und Sicherheitsrisiken entstanden. Darüber hinaus muss speziell auf die Bedürfnisse älterer Beschäftigter eingegangen werden, indem ihre Arbeitsaufgaben angepasst werden. Dazu ist es dringend erforderlich, auf nationaler oder EU-Ebene einen Plan für neue Gesundheits- und Sicherheitsrisiken zu erstellen, der im Rahmen des sozialen Dialogs mit Gewerkschaftsvertreter*innen erarbeitet wird.

- 4.5. In jüngster Zeit sind durch geostrategische Spannungen neue Cyberrisiken entstanden, die neue Arbeitsplätze und neue Kompetenzen im Bereich der Cybersicherheit erfordern, um sowohl die Übertragungs- als auch die Verteilungsnetze zu sichern. Die Reaktion auf diese Risiken verursacht zusätzliche Kosten, die von den Verbraucher*innen zu tragen sind, aber es gibt keine Alternative.
- 4.6. Die Energieinfrastruktur ist ein strategisches nationales Gut. Um die sichere Stromversorgung aufrechtzuerhalten, werden daher von der Bauphase bis zum Ende der Lebensdauer des Netzes geschätzte, eigene Arbeitskräfte benötigt, anstatt diese wichtige Aufgabe an Arbeitnehmer*innen mit prekären Verträgen und schlechten Arbeitsbedingungen auszulagern.
- 4.7. Der Energiesektor leidet bereits unter Personalengpässen. Zur Abhilfe muss die Attraktivität des Sektors durch bessere Arbeitsbedingungen, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und einen neuen Status für Beschäftigte sowie durch mehr Vielfalt am Arbeitsplatz und spezifische Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils verbessert werden. Eine angemessene Personalausstattung ist notwendig, um die Wartung und Überwachung sicherzustellen, eine gut funktionierende Stromversorgung – auch in Krisenzeiten – zu gewährleisten und die Umstellung auf saubere Energie vorzubereiten.
- 4.8. Wir betonen die entscheidende Rolle des sozialen Dialogs zur Stärkung der Attraktivität des Sektors. Die Arbeitgeber können im Wege von Tarifverhandlungen hochwertige Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, um neue Talente für den Sektor zu gewinnen und ungenutzte Potenziale, insbesondere Frauen und Arbeitnehmer*innen aus den von der Energiewende betroffenen Branchen, zu heben. Daher müssen die Tarifverhandlungssysteme und die Tarifbindung gefördert und gestärkt werden.
- 4.9. Da der Druck neue Netzkapazitäten zu entwickeln und die Netzstabilität zu gewährleisten als Reaktion auf die steigende Energienachfrage zunimmt, ist der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften und Experten, die in der Lage sind, die Infrastruktur zu entwickeln sowie das Netz zu warten und zu betreiben, ebenso hoch wie der Bedarf an der Infrastruktur selbst. Wir betonen daher, dass jede Qualifizierungsstrategie zum Scheitern verurteilt ist, bei der nicht die Qualität der Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne für alle Arbeitnehmer*innen (einschließlich der Subunternehmer) im Vordergrund stehen. Ein sinnvoller sozialer Dialog und Branchentarifverhandlungen sind unverzichtbar und müssen daher in Qualifikationsstrategien und im EU-Aktionsplan für Stromnetze enthalten sein.

IndustriAll Europe und EGÖD betonen, dass das europäische Energiesystem nicht auf der reinen Logik der Rentabilität aufgebaut werden kann, sondern auf strengen Kriterien des Gemeinwohls, der Nachhaltigkeit und der Qualität beruhen muss, wenn eine gerechte Energiewende erreicht werden soll. Dem Abbau der „Umweltschulden“ muss Vorrang vor dem Abbau der Finanzschulden eingeräumt werden. Sparmaßnahmen und rein marktorientierte Politiken stehen im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Bürger*innen und Beschäftigten sowie zum notwendigen Kampf gegen den Klimawandel und für den Umweltschutz.

Um sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten vertreten werden, und so die Einstellung und Bindung von Arbeitskräften im Energiesektor zu verbessern, müssen die Gewerkschaften sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung der Maßnahmen einen Sitz am Tisch haben. Da es sich um EU-weite Herausforderungen handelt, ist eine Koordinierung zwischen den Gewerkschaften und eine stärkere Rolle der Gewerkschaften auf EU-Ebene unerlässlich.